

Thomas Fritz

Gezielte Vermögens- nachfolge durch Testament und Schenkung

Steuerrecht, Zivilrecht und Gesellschaftsrecht

4. Auflage

VORSORGE-
VOLLMACHT
UND
BETREUUNGS-
VERFÜGUNG

SCHÄFFER
POESCHEL

SCHÄFFER

POESCHEL

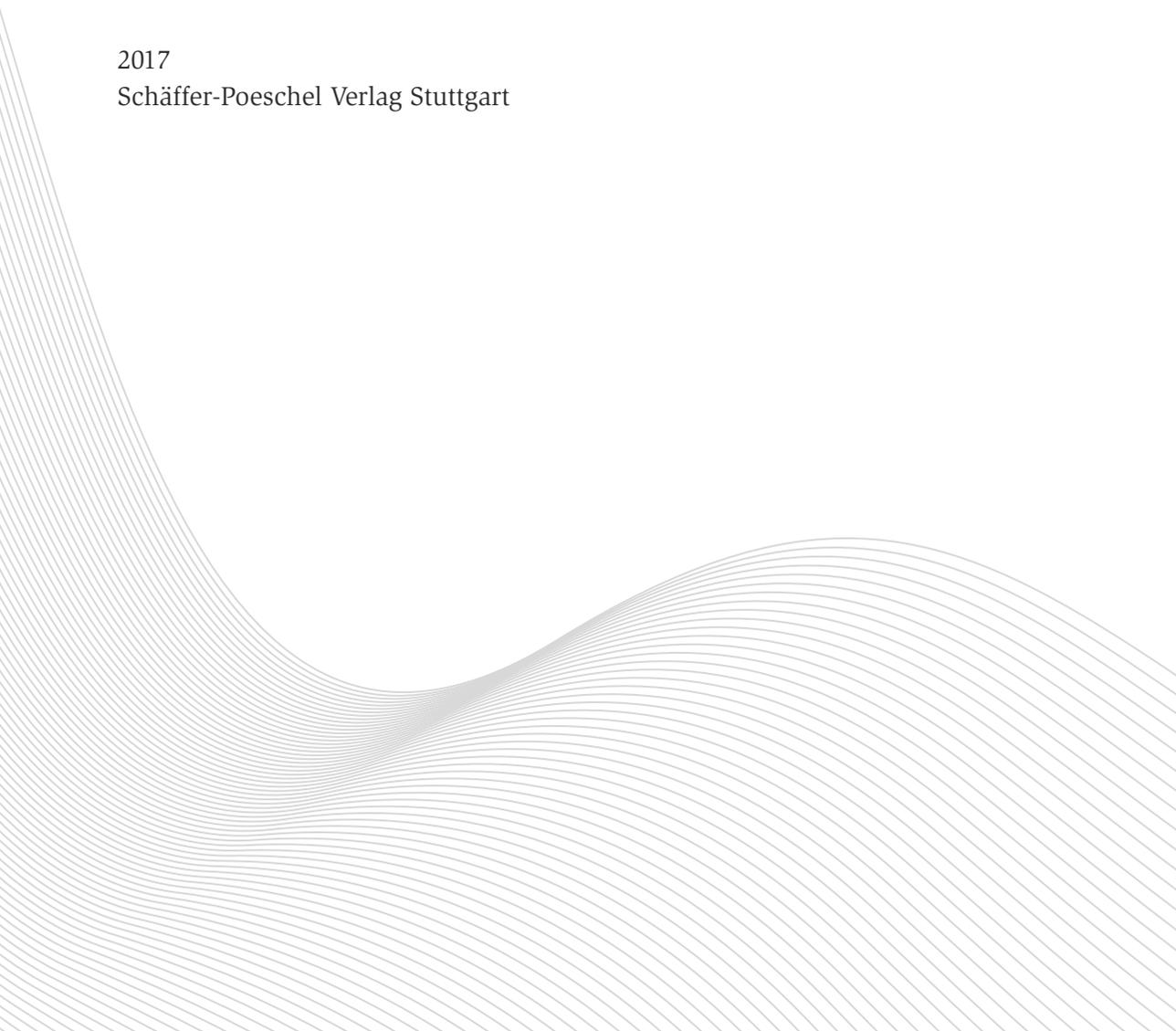
Thomas Fritz

Gezielte Vermögensnachfolge durch Testament und Schenkung

4. Auflage

2017

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über < <http://dnb.d-nb.de> > abrufbar.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem,
säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Print: ISBN 978-3-7910-3968-8 Bestell-Nr. 20237-0002
ePDF: ISBN 978-3-7910-3969-5 Bestell-Nr. 20237-0152
ePub: ISBN 978-3-7910-3970-1 Bestell-Nr. 20237-0100

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen
des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2017 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH
www.schaeffer-poeschel.de
service@schaeffer-poeschel.de

Umschlagentwurf: Goldener Westen, Berlin
Umschlaggestaltung: Kienle gestaltet, Stuttgart (Bildnachweis: Shutterstock.com)
Satz: Olaf Mangold Text&Typo, Stuttgart
Druck und Bindung: BELTZ Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza
Printed in Germany

Juni 2017

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart
Ein Tochterunternehmen der Haufe Gruppe

Ihr Online-Material zum Buch

Im Online-Bereich stehen für Buchkäufer die folgenden Musterformulare zur Verfügung:

- Vorsorgevollmacht
- Patientenverfügung
- Checkliste »Notfallkoffer«

So funktioniert Ihr Zugang

- Gehen Sie auf das Portal **sp-mybook.de** und geben den Buchode ein, um auf die Internetseite zum Buch zu gelangen.
- Wählen Sie im Online-Bereich das gewünschte Material aus.
- Oder scannen Sie den QR-Code mit Ihrem Smartphone oder Tablet, um die Startseite direkt aufzurufen.



SP myBook:
www.sp-mybook.de
Buchode: 3968fritz

Der Autor

Dr. Thomas Fritz

E-Mail: mail@drthomasfritz.de

Internet: www.drthomasfritz.de

Jahrgang 1952. Nach einer Ausbildung zum Rechtsanwalt in einer international tätigen Großkanzlei wechselte Dr. Fritz zum Bundesverband der Deutschen Industrie, Landesverband Bayern, bei der er die Interessen der Industrie, insbesondere gegenüber der Regierung, den Ministerien und dem Parlament, vertrat. Aufgabengebiet war unter anderem, die Interessen der Unternehmer in verschiedenen Rechtsgebieten zu formulieren und in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen. In diese Zeit fallen auch die ersten Arbeiten zum Thema Unternehmensnachfolge mit dem Ziel stabiler und erfolgreicher Unternehmenskontinuität.

Nach seiner Tätigkeit im unternehmenspolitischen Raum spezialisierte sich Dr. Fritz auf die Bereiche Erbrecht, Schenkungsrecht und Unternehmensnachfolge einschließlich der Gebiete Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht.

Auf diesen Gebieten schreibt er seit vielen Jahren zahlreiche Veröffentlichungen und hält regelmäßig Vorträge. Er betreibt in München eine entsprechend spezialisierte Kanzlei.

Vorwort

Seit dem Erscheinen der 3. Auflage dieses Buches im Jahr 2014 sind einige wesentliche Änderungen erfolgt, welche die vorliegende Neuauflage erforderlich gemacht haben.

Die wohl spektakulärste und seit langem erwartete Veränderung war die Erbschaftsteuerreform, streng rechtlich formuliert »das Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts«. Neu verfasst und für alle Unternehmer interessant sind die sogenannten Verschonungsregelungen.

Diese Reform war durch die Appellentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 17.12.2014 veranlasst und ist nach langwierigen Diskussionen und Verhandlungen im Bundestag und Bundesrat erst nach Ablauf der vom Bundesverfassungsgericht bis zum 30.06.2016 gesetzten Frist zur Umsetzung rückwirkend zum 01.07.2016 in Kraft getreten.

Während unsere 3. Auflage noch sehr wenige Details über die Verschonungsregelungen von Betriebsvermögen beinhaltete, bieten das aktuelle Urteil und die Gesetzesreform den Anlass, das Thema umfassend aufzuarbeiten. In der jetzigen, 4. Auflage wird jedoch nicht lediglich die neue Rechtslage dargestellt, sondern vielmehr auch umfassend zur alten Rechtslage Stellung genommen und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts analysiert. Zwar mag es für einen Praktiker auf den ersten Blick unverständlich erscheinen, weshalb eine nicht mehr gültige Rechtslage und das dessen Verfassungswidrigkeit feststellende Urteil aufgearbeitet und dargestellt werden. Die Ausführungen in dieser Neuauflage zeigen aber deutlich, dass die Kenntnisse zum alten Recht unerlässlich sind für das Verständnis der Reform und der neuen Rechtslage (die zudem in vielen Teilen der alten Rechtslage gleicht).

Das Gesetz bezweckt – wie bekannt – den Ausgleich zwischen dem Unternehmerinteresse an geringer Besteuerung zwecks Erhaltung des Betriebes einerseits und dem allgemeinen Interesse an einer gerechten Beteiligung der Unternehmer am Steueraufkommen anlässlich von Unternehmensübertragungen andererseits. Die politische Diskussion dürfte durch den Erlass dieses Gesetzes nicht beendet worden sein. Es gibt aber jetzt zumindest für einige Zeit zuverlässige Rahmenbedingungen für die Unternehmen, wobei allerdings auch hier Rechtsstreitigkeiten vor den Finanzgerichten über die richtige Anwendung dieses Gesetzes im Einzelfall erwartet werden dürfen.

Aber auch weitere Neuerungen gaben Anlass für diese Neuauflage. Bereits in der Vorauflage hatten wir einen Ausblick auf die Europäische Erbrechtsverordnung gegeben, die zwischenzeitlich, nämlich seit dem 17.08.2015, gilt und die für grenzüberschreitende Erbfälle in allen Ländern der Europäischen Union – mit Ausnahme von Großbritannien, Irland und Dänemark – Anwendung findet. Diese Verordnung hat letztlich zu einer Vereinheitlichung der anzuwendenden Regelungen des länderübergreifenden Erbrechts innerhalb der

Europäischen Union und damit zu einer Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen zwischen den einzelnen Ländern geführt. Die Auswirkungen der Europäischen Erbrechtsverordnung auf die einzelnen grenzüberschreitenden Erbfälle in der Praxis sind in der vorliegenden Auflage anhand von Fallbeispielen ausführlich dargestellt.

Ein besonderes Augenmerk wird in der 4. Auflage auch nochmals auf die sogenannten Vorsorgeverfügungen gelegt. Vorsorge darf sich nicht auf Regelungen für den Todesfall durch Testamente oder vorweggenommene Erbfolge beschränken, sondern muss auch die Fälle umfassen, in denen die Geschäftsunfähigkeit aufgrund von Unfall oder altersbedingter Demenz eintritt, d. h., dass der bzw. die Betroffene zwar noch lebt, aber nicht mehr für sich selbst und gegebenenfalls auch nicht mehr für sein bzw. ihr Unternehmen sorgen kann. Zu diesem Thema enthält die vorliegende Neuauflage im Vergleich zur Voraufgabe weitere ergänzende Ausführungen. Neu hinzugekommen sind zudem Ausführungen zu der Frage, was zu tun ist, wenn sich Personen – privat und/oder geschäftlich – regelmäßig in mehreren Staaten aufhalten, denn die sogenannten Vorsorgeverfügungen (Generalvollmachten, Vorsorgevollmachten, Kontrollvollmachten, Patientenverfügungen etc.) sind in den einzelnen Staaten – auch in den einzelnen Staaten der EU – teilweise so unterschiedlich geregelt, dass beispielsweise in Österreich deutsche Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen nicht oder nur sehr eingeschränkt anerkannt und ausgeführt werden. Wie sich der verehrte Leser aufgrund dieser Verschiedenartigkeit der Regelungen richtig verhält, was er tun muss und lassen kann, wird in dieser Neuauflage ausgeführt.

Notwendig wurde im Bereich der Vorsorgeverfügungen zudem eine intensive Beschäftigung mit dem notwendigen Inhalt deutscher Patientenverfügungen. Der Bundesgerichtshof hat mit seinem Urteil vom Juli 2016 eine grundlegende Entscheidung gefällt, die dazu führt, dass ein Großteil der bisher verfassten Patientenverfügungen ungültig ist, mit anderen Worten: Die meisten Patientenverfügungen in Deutschland müssen neu erstellt werden. Warum dies so ist und wie die Formulierungen zukünftig aussehen müssen, wird in der vorliegenden Neuauflage ausführlich behandelt.

Aberundet werden die Ausführungen zu den Vorsorgeverfügungen durch eine Übersicht »Die 20 wichtigsten Tipps betreffend Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen«.

Mein großer Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Joachim Merschorf, Constanze Zientek und Meike Rothkopf, ohne die die 4. Auflage nicht in dem uns selbst vorgegebenen knappen Zeitrahmen hätte fertiggestellt werden können.

München, im Mai 2017

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Der Autor	VI
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI

Kapitel I

Allgemeine Grundlagen des Erbrechts 1

1 Grundsatz der Gesamtrechtsnachfolge 3

2 Der Nachlass 4

3 Das eheliche Güterrecht 5

3.1 Allgemeines 5

3.2 Die Güterstände im Einzelnen 6

3.2.1 Gütertrennung 6

3.2.2 Gütergemeinschaft 6

3.2.3 Zugewinngemeinschaft 7

4 Annahme und Ausschlagung der Erbschaft 8

4.1 Annahme 8

4.2 Ausschlagung 9

4.3 Verfügungen über die Ausschlagung 9

4.4 Anfechtung von Annahme und Ausschlagung 9

4.5 Rechtsverhältnis zwischen wahren und vorläufigem Erben 9

5 Verjährung 10

Kapitel II

Das gesetzliche Erbrecht 11

1 Das Verwandtenerbrecht 13

1.1 Das Verwandtschaftsrecht 14

1.1.1 Erben erster Ordnung 14

1.1.2 Erben zweiter Ordnung 16

1.1.3	Erben dritter Ordnung	16
1.1.4	Erben vierter Ordnung	17
1.1.5	Weitere Erbfolge	17
1.2	Annahme als Kind	17
2	Das Ehegattenerbrecht	19
2.1	Das Zusammentreffen mit Verwandten des Erblassers	19
2.1.1	Erbteil gegenüber Erben erster Ordnung	19
2.1.2	Erbteil gegenüber Erben zweiter Ordnung und Großeltern	22
2.1.3	Erbteil gegenüber sonstigen Verwandten	22
2.2	Der »Voraus« des Ehegatten	23
2.3	Folgen von Ehescheidung, Eheaufhebung und Trennung	23
3	Die Ausgleichspflichten unter Abkömmlingen	24
3.1	Ausgleichspflicht für die Aussteuer	25
3.2	Ausgleichspflicht für Zuschüsse und Aufwendungen zur Berufsvorbildung	25
3.3	Sonstige Zuwendungen des Erblassers	25
3.4	Ausgleichspflicht bei besonderer Mitarbeit oder Pflegetätigkeit eines Abkömmlings	26
3.5	Durchführung des Ausgleichs	26
3.6	Ausschluss der Ausgleichspflicht	28
4	Das Pflichtteilsrecht	29
4.1	Voraussetzungen und Inhalt des Pflichtteilsanspruchs	29
4.1.1	Die beteiligten Personen	29
4.1.2	Höhe des Pflichtteilsanspruchs	30
4.1.3	Anrechnung	31
4.1.4	Ausgleichung	31
4.1.5	Restpflichtteil	31
4.2	Voraussetzungen und Inhalt des Pflichtteilsergänzungs- anspruchs	31
4.3	Auskunfts- und Wertermittlungsanspruch	32
4.4	Grenzen des Pflichtteilsanspruchs	32
4.4.1	Pflichtteilsentziehung	32
4.4.2	Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	33
4.4.3	Form der Entziehung	33
4.4.4	Stundung des Pflichtteilsanspruchs	33
5	Die Erbunwürdigkeit	34
6	Das Höferecht	35

7 Die Beschränkung der Nachlasshaftung	36
7.1 Der Schutz der Kinder und Kindeskinde	36
7.2 Der Schutz der übrigen Pflichtteilsberechtigten und der nicht pflichtteilsberechtigten Erben	37
8 Der Erb- und Pflichtteilsverzichtsvertrag	39
8.1 Gegenstand des Verzichts	39
8.2 Wirksamkeitsvoraussetzungen	39
8.3 Auswirkungen auf die übrigen Erben	39
Kapitel III	
Die gewillkürte Erbfolge durch Testament	41
1 Die Testierfähigkeit	42
2 Die formwirksame Testamenterrichtung	43
2.1 Das öffentliche Testament	43
2.2 Das eigenhändige Testament	43
2.3 Das Nottestament	44
3 Testamentarische Gestaltungsmittel	45
3.1 Die Testierfreiheit und ihre Grenzen	45
3.1.1 Gesetzes- und sittenwidrige Verfügungen von Todes wegen	45
3.1.2 Bestimmung durch Dritte	46
3.1.3 Unwirksamkeit bei Scheidung	47
3.1.4 Enterbung der Pflichtteilsberechtigten	47
3.2 Formen der Erbeinsetzung	48
3.2.1 Erbeinsetzung	48
3.2.2 Die Ersatzerbeinsetzung	49
3.2.3 Die Vor- und Nacherbeinsetzung	50
3.3 Das Vermächtnis	52
3.4 Anordnungen über die Nachlassauseinandersetzung	55
3.4.1 Teilungsanordnung	55
3.4.2 Auseinandersetzungsverbot	56
3.4.3 Übernahmerecht	57
3.4.4 Testamentarisches Bestimmungsrecht Dritter	57
3.5 Die Auflage	58
3.6 Die Testamentsvollstreckung	58
4 Sonstige testamentarische Verfügungen	61
4.1 Familienrechtliche Anordnungen	61
4.1.1 Anordnungen über die Vermögenssorge	61
4.1.2 Anordnungen über eine Vormundschaft	62

4.1.3	Anordnungen über das Güterrecht	62
4.2	Wertsicherungsklauseln	62
4.3	Aufhebung durch Widerruf	63
4.3.1	Reines Widerrufstestament	63
4.3.2	Vernichtung	64
4.3.3	Rücknahme aus amtlicher Verwahrung	64
4.3.4	Inhaltlich neues Testament	64
4.4	Anfechtung durch Erben oder Dritte	65
4.4.1	Wirkung der Anfechtung	65
4.4.2	Anfechtungsberechtigter	66
Kapitel IV		
Der Erbvertrag		67
1	Inhalt und Wirksamkeitsvoraussetzungen des Erbvertrags	68
1.1	Inhalt	68
1.1.1	Einseitige Verfügungen	68
1.1.2	Zweiseitige Verfügungen	69
1.1.3	Gegenseitige oder mehrseitige Verfügungen	69
1.2	Wirksamkeitserfordernisse	70
1.3	Der Verfügungsunterlassungsvertrag	70
2	Eintritt der Bindungswirkung und ihre Folgen	72
2.1	Inhalt der Bindungswirkung	72
2.2	Folgen für Rechtsgeschäfte unter Lebenden	73
3	Beseitigung der Bindungswirkung	74
3.1	Rücktritt	74
3.1.1	Vertraglicher Rücktritt	74
3.1.2	Gesetzlicher Rücktritt	75
3.1.3	Formanforderungen an den Rücktritt	75
3.2	Aufhebung	75
3.2.1	Aufhebung durch Vertrag	75
3.2.2	Aufhebung durch Testament	76
3.2.3	Aufhebung durch gemeinschaftliches Testament	76
3.3	Anfechtung	77
3.3.1	Anfechtung durch den Erblasser	77
3.3.2	Anfechtung durch Dritte	77
3.3.3	Anfechtung durch den Vertragspartner	77

Kapitel V

Spezielle Interessen	79
1 Das gemeinschaftliche Testament	80
1.1 Die erleichterte Errichtung	80
1.2 Bindungswirkung des Ehegattentestaments	80
1.3 Das einfache Ehegattentestament	80
1.4 Das gegenseitige Ehegattentestament	81
1.5 Das wechselbezügliche Ehegattentestament	81
1.5.1 Wechselbezüglichkeit	81
1.5.2 Auslegungsregel des § 2270 BGB	81
1.5.3 Auslegungsregel des § 2269 BGB – »Berliner Testament«	82
1.5.4 Beseitigung der Bindungswirkung beim wechsel- bezüglichen Testament	84
1.5.5 Die Rechtswirkung für den überlebenden Ehegatten	85
1.6 Ehegatten mit gemeinsamen Kindern	86
1.6.1 Problemstellung	86
1.6.2 Absicherung und Bindung des überlebenden Ehegatten	87
1.6.3 Absicherung und Bindung der Kinder	91
1.6.4 Weitere regelungsbedürftige Punkte	97
1.7 Ehegatten mit nicht gemeinsamen Kindern	98
1.7.1 Eigene Kinder nur eines Ehegatten	99
1.7.2 Beispiel für die Einbringung jeweils eigener Kinder der Ehegatten in die Ehe	102
1.7.3 Beispiel: Ehegatten haben eigene und gemeinsame Kinder	103
1.8 Ehegatten ohne Kinder	105
2 Getrennt lebende Ehegatten	109
3 Geschiedene Ehegatten	111
4 Absicherung behinderter Familienangehöriger	113
4.1 Verfügungen zu Lebzeiten	114
4.2 Verfügungen von Todes wegen – das sog. behinderten- gerechte Testament	114
5 Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	120
5.1 Grundlagen und Interessen der Lebenspartner	120
5.1.1 Rechtliche Voraussetzungen	120
5.1.2 Interessen der Lebenspartner	120
5.2 Erbrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	121
5.2.1 Die rechtlichen Grenzen	121
5.2.2 Vermeidung der Belastung des überlebenden Lebens- partners mit Pflichtteilsansprüchen	122

5.2.3	Die Erbschaftsteuer in der eheähnlichen Lebens-	
	gemeinschaft	122
5.2.4	Gestaltungsvorschläge	122
5.3	Gestaltungsmöglichkeiten zu Lebzeiten	123
5.3.1	Regelung gegenseitiger Ausgleichansprüche	123
5.3.2	Sonstige Verfügungen	123
6	Die eingetragene Lebenspartnerschaft	124
Kapitel VI		
	Verfügungen des Erblassers zu Lebzeiten	125
1	Schenkungen auf den Todesfall	126
1.1	Berührungspunkte zwischen dem Rechtsgeschäft	
	unter Lebenden und der Verfügung von Todes wegen	126
1.2	Die rechtliche Behandlung der Schenkung	
	auf den Todesfall	126
1.3	Vollzug der Schenkung	127
2	Verträge zu Gunsten Dritter auf den Todesfall	128
2.1	Lebensversicherungsvertrag	128
2.1.1	Rechtslage beim Lebensversicherungsvertrag	128
2.1.2	Schenkungsvertrag zwischen Erblasser und dem Dritten ...	129
2.2	Bankguthaben	130
2.3	Wertpapierdepot	130
2.4	Bausparvertrag	131
3	Vollmachten des Erblassers	132
Kapitel VII		
	Einfluss des Gesellschaftsrechts auf das Erbrecht	133
1	Unternehmerinteressen	135
1.1	Drei Hauptinteressen	135
1.1.1	Fortbestand des Unternehmens	135
1.1.2	Existenzsicherung des überlebenden Ehegatten	136
1.1.3	Gerechte Vermögensverteilung	136
1.2	Grundsatz: »Gesellschaftsrecht geht Erbrecht vor«	136
1.3	Die Testamentsvollstreckung im Unternehmertestament ...	137
1.3.1	Einsatzmöglichkeiten bei Unternehmen	137
1.3.2	Ausgestaltung	139
1.4	Maßgeblichkeit des Einzelfalls	142

2 Einzelunternehmen	143
2.1 Die Nachfolgeregelung	143
2.1.1 Kein Nachfolger	143
2.1.2 Ausgestaltung der Nachfolge	144
2.2 Versorgung des Ehegatten	144
2.2.1 Versorgung durch weiteres Privatvermögen	145
2.2.2 Versorgung durch das Unternehmen	145
2.3 Berücksichtigung von Pflichtteilsansprüchen	146
3 Personengesellschaften	148
3.1 Die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (BGB-Gesellschaft)	148
3.2 Die offene Handelsgesellschaft (oHG)	148
3.2.1 Anwachsung des Vermögens zu Gunsten der Mitgeschafter ohne Abfindungsansprüche der Erben ...	149
3.2.2 Beispiel zum Eintrittsrecht einer bestimmten Person	151
3.2.3 Verbindliche Bestimmung der Nachfolger	152
3.2.4 Die Festlegung eines Erben als Nachfolger	153
3.3 Die Kommanditgesellschaft	155
3.3.1 Grundlagen	155
3.3.2 Nachfolge in die KG	155
3.3.3 Die GmbH & Co. KG	157
3.4 Die Stille Gesellschaft	159
4 Kapitalgesellschaften	160
4.1 Die GmbH	160
4.1.1 Freie Vererbbarkeit der GmbH-Anteile	160
4.1.2 Die erbrechtliche Nachfolge in die GmbH	161
4.1.3 Der wirtschaftliche Ausschluss der Nachfolge	161
4.1.4 Rechtsgeschäftliche Lösungen	165
4.2 Die Aktiengesellschaft	165
4.2.1 Aktienübertragung zu Lebzeiten	166
4.2.2 Erbrechtliche Übertragung	166
4.2.3 Erbrechtliche Vorgaben in der Satzung der AG	167
4.3 Kapitalgesellschaften ausländischen Rechts mit Sitz in Deutschland	168
4.3.1 Überblick	168
4.3.2 Die Limited nach englischem Recht	169
5 Steuerrechtliche Besonderheiten	170
5.1 Allgemeines	170
5.2 Unternehmensbewertung	171
5.2.1 Reformen	171
5.2.2 Prüfungsreihenfolge	172

5.2.3	Substanzwert	173
5.2.4	Ertragswertverfahren	173
5.3	Begünstigung von Betriebsvermögen	175
5.3.1	Rechtslage ab 2009	177
5.3.2	Rechtslage nach der Erbschaftsteuerreform 2016	189
6	Die Stiftung	203
6.1	Einführung	203
6.2	Formen	203
6.3	Sonderfall: Die rechtsfähige Stiftung	204
6.3.1	Unternehmensträgerstiftung	206
6.3.2	Familienstiftung	208
6.3.3	Die Doppelstiftung	209
6.4	Die steuerliche Behandlung der Stiftung	210
6.4.1	Steuerbegünstigte Stiftungen	210
6.4.2	Nicht steuerbegünstigte Stiftungen	212
6.4.3	Erbsatzsteuer bei Familienstiftungen	212
 Kapitel VIII		
	Steuerrechtliche Bezüge des Erbrechts	215
1	Erbschaft- und Schenkungsteuer	216
1.1	Steuergegenstände	216
1.2	Gegenstand der Erbschaftsteuer	217
1.2.1	Der Erwerb von Todes wegen	217
1.2.2	Bereicherung des Erwerbers	217
1.3	Entstehen und Erlöschen der Steuer	218
1.4	Steuerschuldner	218
1.5	Die Berechnung der Höhe der Erbschaftsteuer	218
1.5.1	Bereicherung des Erwerbers	219
1.5.2	Sachliche Steuerbefreiungen und begünstigtes Vermögen ..	220
1.5.3	Steuerklassen	220
1.5.4	Persönliche Freibeträge	222
1.5.5	Steuersätze	223
1.6	Steuerliche Ersparnis durch Ausnutzung der Freibeträge und Fristen	223
1.7	Die Bewertung des Nachlasses	226
1.7.1	Allgemeine Bewertungsgrundsätze	226
1.7.2	Die besondere Bewertung von Grundstücken	230
1.7.3	Die besondere Bewertung von Lebensversicherungen	232
1.7.4	Bewertung von Auslandsvermögen	232
1.7.5	Ansatz von Bodenschätzen im Privatvermögen	232
1.7.6	Die Bewertung von Unternehmen	233

1.8	Verfahren der Besteuerung	233
1.8.1	Anmeldung des Erwerbs	233
1.8.2	Steuererklärung	233
1.8.3	Anzeigepflichten	234
1.9	Steuerrechtliche Besonderheiten	234
1.9.1	Nacherbschaft und Nachvermächtnis	234
1.9.2	Schenkungen unter Lebenden	236
1.9.3	Die Erbschaftsteuer der Ehegatten	236
1.9.4	Das Vererben von Immobilien	238
1.9.5	Teilungsanordnungen und Vorausvermächtnisse	238
1.9.6	Die Erbengemeinschaft und ihre Auseinandersetzung	239
2	Einkommensteuer	240
2.1	Einkommensteuer des Erblassers	240
2.2	Einkommensteuer des Erben	241
2.2.1	Einkünfte des Erben	241
2.2.2	Sonderausgaben	244
2.2.3	Außergewöhnliche Belastungen	245
2.3	Einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vermächtnissen, einer Erbengemeinschaft und einer Testamentsvollstreckung	245
2.3.1	Vermächtnis	245
2.3.2	Erbengemeinschaft	246
2.3.3	Testamentsvollstreckung	246
 Kapitel IX		
Vorsorgeverfügungen im privaten und unternehmerischen Bereich		247
1	Einleitung	248
2	Die Funktionen der verschiedenen Vorsorgeverfügungen	251
2.1	Einleitung	251
2.2	Die Vorsorgevollmacht	252
2.3	Die Betreuungsverfügung	255
2.4	Die Patientenverfügung	257
2.4.1	Die Patientenverfügung im Allgemeinen	257
2.4.2	Verschärfte Anforderungen an Patientenverfügungen seit Juli 2016	258
2.4.3	Inhalt der Patientenverfügung nach der neuen Recht- sprechung des BGH	259
2.4.4	Sonderfall: Patientenverfügung für Menschen mit geistiger Behinderung	268

2.4.5	Zusammenfassung: Die zehn wichtigsten Tipps zur Patientenverfügung	269
3	Einzelfragen zur Vorsorgevollmacht im privaten und unternehmerischen Bereich	272
3.1	Einleitung	272
3.1.1	Voraussetzungen für eine gültige Vorsorgevollmacht	272
3.1.2	Erteilung und Geltungszeitpunkt der Vollmacht	275
3.1.3	Umfang der Vorsorgevollmacht	277
3.1.4	Weitere Regelungsmöglichkeiten in der Vorsorgevollmacht	279
3.2	Unternehmensvorsorge: Vorsorgevollmacht des Unternehmers	288
3.2.1	Einleitung	288
3.2.2	Regelungsbedarf	290
3.2.3	Person des Bevollmächtigten	291
3.2.4	Organisation	292
3.2.5	Konkrete Ausgestaltung	293
3.3	»Notfallkoffer«	300
4	Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung im internationalen Vergleich und in ihrer Anwendung in verschiedenen Staaten	304
Kapitel X		
	Internationales Privatrecht im Erbrecht – die EuErbVO und sonstige Rechtsquellen	307
1	Einführung	308
2	Grenzüberschreitender Erbfall	311
2.1	Auslandsvermögen	311
2.2	Aufenthalt/Wohnsitz im Ausland	313
3	Das Kollisionsrecht nach der EuErbVO	315
3.1	Anwendbarkeit der EuErbVO	316
3.1.1	Zeitlicher Anwendungsbereich (Intertemporaler Anwendungsbereich)	316
3.1.2	Personaler Anwendungsbereich	316
3.1.3	Sachlicher Anwendungsbereich	316
3.1.4	Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich	317
3.2	Internationale Zuständigkeit der Gerichte	318
3.2.1	Grundlegende Prinzipien des unionsrechtlichen Zuständigkeitsrechts	318
3.2.2	Rechtsquellen	319

3.2.3	Verfahren	319
3.2.4	Grundsatz: letzter gewöhnlicher Aufenthalt im Forumstaat	320
3.2.5	Ausnahmen vom Grundsatz.....	322
3.3	Ermittlung des anwendbaren Rechts	323
3.3.1	Grundsatz: letzter gewöhnlicher Aufenthalt.....	323
3.3.2	Ausnahme: offensichtlich engere Verbindung	323
3.3.3	Rechtswahl	324
3.3.4	Sonderanknüpfungen	324
3.3.5	Art der Verweisung	325
3.3.6	Umfang des Erbstatuts	326
3.3.7	Grenzen der Verweisung	326
3.4	Anerkennung und Vollstreckung	327
3.5	Europäisches Nachlasszeugnis	328
4	Das Kollisionsrecht außerhalb des Anwendungsbereichs der EuErbVO	330
4.1	Völkerrechtliche Regelungen	330
4.2	Die Rechtslage für Altfälle vor dem 17.08.2015	331
4.2.1	Internationale Zuständigkeit	331
4.2.2	Maßgebliche Kollisionsnorm: Art. 25 EGBGB	332
5	Anerkennung und Vollstreckung in Drittstaaten	334
6	Was Erblasser mit Vermögen in Drittstaaten bedenken müssen	335
7	Fazit und Ausblick	337
	Stichwortverzeichnis	339